



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 04.06.2014, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Grundschule Hoheneck, Ostertagstraße 5, Sanierung** **Vorl.Nr. 118/14**
Turnhalle
- Entwurfs- und Baubeschluss

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.

TOP 1.1 **Grundschule Hoheneck, Ostertagstraße 5, Sanierung** **Vorl.Nr. 196/14**
Turnhalle
- Entwurfs- und Baubeschluss
- Abweichender Empfehlungeschluss zu Vorl.Nr.
118/14

Beschluss:

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Bau der „Sanierung Turnhalle“ an der Grundschule Hoheneck auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung und der Kostenberechnung mit Stand vom 05.05.2014 mit Baukosten von rd. 1,9 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400 + 700)

- 1.2 Der Vergabe der weiterführenden Architekten- und Ingenieurleistungen auf Basis der Kostenberechnung an das Architekturbüro Hässig aus Ludwigsburg; an das Ingenieurbüro Appel aus Ludwigsburg (HLS) und das Ingenieurbüro SIB aus Heilbronn (ELT) wird zugestimmt.

- 1.3 Die Verwaltung wird aufgefordert, zunächst Gespräche mit dem Sportverein zu führen, um Bauablauf und Sportaktivitäten aufeinander abzustimmen und gegebenenfalls eine Optimierung der Planung herbeizuführen, sofern dies kostenneutral ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)
Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Ja 29 Nein 2 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet OBM **Spec**, dass die Kreissparkasse Ludwigsburg mitgeteilt hat, dass deren Stiftungen einige Projekten für verschiedene soziale, kulturelle, sportliche und sonstige Zwecke unterstützen. Den Fraktionen sei eine Auflistung dazu zugeschickt worden. Die Verwaltung habe sich bei der Kreissparkasse für das beträchtliche Engagement bedankt.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** sagt OBM **Spec** zu, dass diese Unterlagen auch den Einzelstadträten zur Verfügung gestellt werden.

Da es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft OBM **Spec** den Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung auf. Die Mitglieder des Gemeinderates wünschen keinen Sachvortrag dazu.

Stadtrat **Glasbrenner** berichtet, dass die Freien Wähler der Beschlussvorlage weitestgehend zustimmen könnten, obwohl die Kosten bei einem Neubau seiner Meinung nach nicht höher wären. Nach den vielen zeitlichen Verschiebungen müsste die Sanierung jetzt durchgeführt werden. Er bemängelt, dass keine Bedarfsabstimmung mit den Vereinen vorgenommen worden sei und der Stadtteilausschuss nicht informiert sei. Er erwarte einen Bericht der Verwaltung zu den Gesprächen mit dem Sportverein und gegebenenfalls auch mit der Schule.

Stadträtin **Kreiser** führt im Namen ihrer Fraktion aus, dass diese der Sanierung der Turnhalle trotz der hohen Kosten zustimmen werde. Ferner richtet sie an die Verwaltung die Bitte, den Stadtteilausschuss bei dieser Baumaßnahme und bei zukünftigen Projekten mehr einzubinden.

Stadträtin **Liepins** bringt vor, dass die Sanierung der Turnhalle nicht mehr verschoben werden solle und die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Die Kosten seien mit 1,9 Mio. Euro zwar hoch, allerdings habe das Architekturbüro im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt versichert, dass ein Neubau wesentlich teurer sei. Die Abstimmung mit dem Sportverein sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Stadträtin **Steinwand** erinnert daran, dass ihre Fraktion die Problematik bezüglich des Raumprogramms bereits im November angesprochen habe. Sie könnten der Vorl. Nr. 196/14 zustimmen, da die Sporthalle ertüchtigt und energetisch saniert werden müsse. Außerdem schlägt sie vor, die Formulierung „Sportverein“ in Ziff. 1.3 zu präzisieren.

Stadtrat **Dr. Jordan** schildert, dass er im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt Bedenken hinsichtlich Kosten, Zeitablauf und Abstimmung mit den Vereinen geäußert habe. Nach den Erläuterungen der Verwaltung im BTU und der beschlossenen Abweichung könne er zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** bestätigt, dass die Sanierung der Turnhalle jetzt dringend erforderlich sei und sie zustimmen werde. In diesem Zusammenhang erinnert sie an ihren Antrag zum Haushalt 2014 zur Aufstellung eines Gesamtkonzeptes aller Sanierungsmaßnahmen an Grundschulen, welches vor weiteren Einzelmaßnahmen erforderlich sei.

Stadtrat **Dr. Heer** werde der Vorlage aufgrund der erhöhten Baukosten und des hohen Energie-/Wärmeaufwandes nicht zustimmen. Außerdem bemängelt er, dass kein Zuschuss bewilligt worden sei. Bei einer zeitlichen Verschiebung der Maßnahme könnte der Zuschuss nochmal beantragt werden.

Stadtrat **Kemmerle** erklärt, dass er dieser Maßnahme zustimmen könne, da es keine vernünftige Alternative dazu geben würde. Die Ziff. 1.3 des abweichenden Empfehlungsbeschlusses zur Abstimmung mit dem Sportverein müsse seiner Meinung nach selbstverständlich sein.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt klar, dass es sich im Wesentlichen um eine energetische und technische Sanierung handle. Der in Ziff. 1.3 genannte Sportverein sei nur die KSV Hoheneck. Die Verwaltung habe zunächst geplant, die Details mit dem Verein erst nach Vorliegen des Beschlusses des Gemeinderates zu besprechen. Nach den Anregungen seitens des Gemeinderates seien mittlerweile Gespräche mit dem Schulleiter, der KSV und dem Stadtverband für Sport geführt worden.

Abschließend lässt OBM **Spec** über den abweichenden Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt, siehe Vorl. Nr. 196/14 abstimmen.

TOP 2

Bebauungsplan "Schönbeinstraße Süd" Nr. 026/09 - Aufstellungsbeschluss

Vorl.Nr. 163/14

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des **Bebauungsplanes „Schönbeinstraße Süd“ Nr. 026/09** wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 09.05.2014.
- II. Ziel der Planung ist die Ausweisung eines Gewerbegebiets mit Wohnnutzung entlang der Schönbeinstraße.
- III. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird durchgeführt.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich

angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)
Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Ja 27 Nein 7 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 163/14 und deren Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Daraufhin verzichten die Mitglieder des Gemeinderates einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt fest, dass die Wohnhäuser in der Weststadt immer weiter in Richtung Industrie/Gewerbe vorgerückt seien. Die Verwaltung habe vor kurzem ein Senioren- und Pflegeheim in diesem Gewerbe- und Industriegebiet genehmigt, sodass der Erhalt von Gewerbe nicht konsequent umgesetzt werde. Bereits vor einigen Jahren habe die Stadt ein Gutachten beauftragt, welches zunächst eine Wohnnutzung des BayWa-Areals und einige Jahre später eine gewerbliche Nutzung empfohlen habe. Da bereits jetzt ein Handlungsspielraum bestehe, sei keine Eile geboten. Er vertritt den Standpunkt, dass der Anteil der Wohnbebauung im Vergleich zur gewerblichen Nutzung in der Weststadt und vor allem im Bereich des BayWa-Areals größer sein sollte. Die in Ziff. II enthaltene Festlegung, dass die Wohnnutzung lediglich entlang der Schönbeinstraße erfolgt, sei jetzt noch nicht notwendig. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Stadtrat **Noz** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass sich diese mit der Vorlage schwer tue, aber den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 163/14 mittragen werde. Er richtet an die Verwaltung die Bitte, gemeinsam mit dem Bauträger eine einvernehmliche und vernünftige Lösung zu erreichen. Dabei sollten die von Stadtrat Glasbrenner angesprochenen Aspekte, insbesondere mögliche Konflikte aufgrund der Nachbarschaft mit Wohn- und Gewerbebebauung, beachtet werden.

Stadträtin **Liepins** hält die Fassung eines Aufstellungsbeschlusses für sehr wichtig um eine vernünftige Lösung für dieses Gebiet zu finden. Eine Wohnnutzung entlang der Schönbeinstraße in adäquatem Maß sei in Ordnung. Allerdings solle das Gebiet auch weiterhin für gewerbliche Zwecke genutzt werden und das Wohnen eine untergeordnete Rolle einnehmen. Sie hoffe, dass mit dem privaten Bauträger eine Lösung gefunden werden kann.

Stadtrat **Gericke** und seine Fraktion könnten der Vorlage zustimmen, die für eine langfristige Sicherung von Gewerbeflächen notwendig sei und eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstelle. Im Rahmen des Verfahrens sollte auch die Erschließung des künftigen Gewerbegebietes verbessert werden. Im Vergleich zu dem zuerst vorgeschlagenen betriebsbedingtem Wohnen sei die Festlegung auf einen Streifen Wohnbebauung ein Entgegenkommen gegenüber des Bauträgers. Er bittet darum, in den Verhandlungen mit dem Bauträger zu berücksichtigen, dass das Areal eher ein Gewerbegebiet als ein Wohngebiet sei.

Stadtrat **Dr. Jordan** teilt mit, dass seine Fraktion die Zielsetzung, in diesem Gebiet sowohl Gewerbe- als auch Wohnnutzung umzusetzen, unterstützen könne. Um eine Aufwertung der Wohnbebauung an der Schönbeinstraße zu erreichen sollte Kammererstraße die einzige Zufahrt zu dem Gewerbegebiet sein. Er würde eine Festlegung mit 40 % Gewerbenutzung und 60 %

Wohnnutzung bevorzugen.

Stadträtin **Burkhardt** betont, dass jetzt endlich konkrete Festlegungen für die Weststadt getroffen werden sollten, bevor immer wieder Einzelentscheidungen getroffen werden. Insofern sollte dem Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan heute zugestimmt werden.

Stadtrat **Weiss** führt aus, dass es Überlegungen gebe, die Kammererstraße für gewerbliche Zwecke anstatt für eine Obdachlosenunterkunft zu nutzen.

OBM **Spec** stellt klar, dass in der heutigen Sitzung nur der Aufstellungsbeschluss getroffen werden solle und anschließend noch viele Verfahrensschritte notwendig seien. Den Impuls bezüglich der Kammererstraße werde seitens der Verwaltung geprüft. Bezugnehmend auf den Hinweis von Stadtrat Glasbrenner berichtet er, dass das Lärmschutzgutachten empfohlen habe, eine Wohnbebauung von deutlich unter 50 % festzulegen. Der Gutachter sei zu dem Ergebnis gekommen, dass bei einer prägenden Umnutzung hin zur Wohnbebauung mit Konfliktlinien zu rechnen sei, die sich nachteilig auf das bestehende Gewerbe auswirken würden.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) bestätigt, dass die Verwaltung nur ein Gutachten in Auftrag gegeben habe.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt darauf hin, dass es sich dabei nicht um das Lärmschutzgutachten, sondern um vertiefende Untersuchungen gehandelt habe.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 163/14 abstimmen.

TOP 3

**Tanz- und Theaterwerkstatt e.V.
– Jahresbericht 2013
- Freigabe des städtischen Zuschuss 2014 zur
Auszahlung**

Vorl.Nr. 176/14

Beschluss:

1. Der Jahresbericht der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2014 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von insgesamt 151.800,- EUR wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)

Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Vorl. Nr. 176/14 und deren Vorberatung im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung.

Nachdem das Gremium einmütig auf Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt verzichtet, lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 176/14 abstimmen.

TOP 4

Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V.

Vorl.Nr. 188/14

- Jahresbericht 2013

**- Freigabe des städtischen Zuschusses 2014 zur
Auszahlung**

Beschluss:

1. Der Bericht der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2014 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 727.700 EUR (institutioneller Zuschuss von 500.900 EUR, sowie ein Mietzuschuss von 226.800 EUR) wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)
Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr **Karsch** (Jugendmusikschule Ludwigsburg) stellt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 188/14 die Arbeit der Jugendmusikschule im Jahr 2013 mit unterschiedlichen Erfolgen und Problemstellungen vor. Dabei geht er unter anderem auf die Entwicklung der Personalkosten, die Einnahmesituation sowie die Spenden ein. Das Ergebnis bei den Schuleinnahmen werde noch

verbessert, da noch Landeszuschüsse in Höhe von 17.000 Euro eingehen würden und Projekteinnahmen noch nicht abgerechnet seien. Außerdem schildert er anhand von verschiedenen Kennzahlen die Entwicklung der letzten Jahre bei Wochenstunden, Schüleranzahl und Unterrichtsformen.

Stadträtin **Kopf** legt dar, dass die Jugendmusikschule in den letzten Jahren einige Veränderungsprozesse durchlaufen habe. So sei zum Beispiel die Anpassung des Lehrkörpers an die Situation und die Altersstruktur eine große Herausforderung gewesen. Auch die Leitung der Jugendmusikschule sei vor großen Herausforderungen, z. B. durch die Kooperationen mit Kindergärten und Schulen, gestanden. Der Spagat von Angeboten in der Breite und in die Spitze mit Talentsuche und Begabtenförderung erfordere sowohl nach innen als auch nach außen eine gute Kommunikation. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung an Grundschulen werde eine weitere Herausforderung für die Jugendmusikschule darstellen. Sie bezeichnet die Jugendmusikschule als Juwel, welches auch finanziell unterstützt werden müsse. Ihre Fraktion begrüße die Ankündigung, dass vor den Haushaltplanberatungen über die künftige Bezuschussung beraten werden solle.

Stadtrat **Bergold** bedankt sich für die sehr gute Arbeit der Jugendmusikschule, die Leistungen auf hohem Niveau erreichen würden. So sei zum Beispiel bei Jugend musiziert ein überregionaler Erfolg erreicht worden. In den letzten Jahren habe die Jugendmusikschule auch bedeutende strukturelle Veränderungen umgesetzt. Sehr positiv seien die vielen Kooperationsprojekte und die Entwicklung der Schülerzahlen, die sich fast vervierfacht habe. Hinsichtlich der Innenwirkung der Jugendmusikschule sollten verlässliche Arbeitsverhältnisse angeboten werden. Das Ergebnis sei sehr positiv und die genannten Ziele sollten weiterverfolgt werden. Er stellt fest, dass die Jugendmusikschule auch in Zukunft vor einigen Herausforderungen stehen werde. Seine Fraktion sei bereit, Gespräche über eine veränderte Zuschussstruktur zu führen und eventuell auch über eine Aufhebung der Deckelung des städtischen Zuschusses nachzudenken. Die beiden Leiter hätten in den vergangenen Jahren sehr gute Leistungen erbracht und zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Jugendmusikschule beigetragen.

Stadtrat **Weiss** erklärt, dass er sich den lobenden Ausführungen seiner Vorredner nur anschließen könne. Die Jugendmusikschule und Herrn Karsch hätten in den vergangenen 15 Jahren sehr gute Arbeit geleistet und gute Veränderungen umgesetzt. Die Talentförderung sei ein sehr wichtiger und positiver Baustein. Er bittet darum bei der nächsten Diskussion bezüglich der Bezuschussung auch wieder den Vorstand der Jugendmusikschule einzubeziehen. Bezüglich einer finanziellen Unterstützung in den folgenden Jahren könne er heute noch keine verbindliche Zusage erteilen.

Stadtrat **Dr. Vierling** bedankt sich für die sehr gute Arbeit der Jugendmusikschule und deren Leitern. Die Musikimpulse seien beispielsweise ein sehr positives Projekt, welches auch in das Modell der Ganztagesbetreuung eingebunden werden solle. Auch das musikalische Profil des Goethe-Gymnasiums und die Schlossfestspiele würden von den guten Leistungen der Jugendmusikschule profitieren. Weiter befürworte er, dass sich die Jugendmusikschule sowohl in der Breitenarbeit als auch in der Spitzenförderung betätige. Es sei schade, dass die Anzahl der Schülern über 15 Jahren zurückgegangen sei. Hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur sei die Jugendmusikschule leider gezwungen gewesen, diese zum Nachteil der Festbeschäftigten umzuwandeln. Es sei aber wichtig, verlässliche Arbeitsverhältnisse anbieten zu können.

Stadtrat **Dr. Heer** betont, dass seine Fraktion die Leistungen der Jugendmusikschule langfristig anerkenne. In den letzten Jahren habe eine Veränderung bei der Akzentuierung zwischen Breiten- und Spitzenförderung stattgefunden. Die Jugendmusikschule sei seines Erachtens ein wichtiger Mosaikstein im Kulturangebot der Stadt Ludwigsburg und auch über die Stadt hinaus bekannt. Er begrüße, dass das Matching-Modell mit hälftiger Teilung hier umgesetzt werde.

Stadträtin **Burkhardt** spricht den Leitern der Jugendmusikschule, die in den letzten Jahren viele Verbesserungen erreicht hätten, ihren Dank aus. Die Jugendmusikschule sei besonders wichtig für die Förderung aller Kinder und sollte auch in Zukunft die entsprechenden Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen.

Stadtrat **Kemmerle** führt aus, dass er sehr stolz auf das Angebot der Jugendmusikschule sei. Diese biete sowohl in der Spitze als auch in der Breite ein sehr gutes Programm an. Allerdings sollten auch die Arbeitsbedingungen hinterfragt werden und dafür eventuell mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Stadträtin **Lange** könne sich dem Lob ihrer Vorredner anschließen. Allerdings werde sie sich bei der Abstimmung enthalten, das ihrer Meinung nach mehr Kostendeckung erreicht werden solle und gute Leistungen alleine keinen Zuschuss in Höhe von 500.000 Euro rechtfertigen würden.

OBM **Spec** berichtet zur Dynamisierung der Lohnkosten, dass die Jugendmusikschule normalerweise eine kommunale Einrichtung mit städtischen Mitarbeitern sei. Hier bestehe eine Vereinsstruktur, von der die Stadt auch profitiere. Allerdings dürfe dies nicht dazu führen, dass jedes Jahr ergebnisoffen über den Anteil von hauptamtlich Beschäftigten und die Zuschussentwicklung diskutiere.

Herr **Karsch** führt auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums aus, dass die Ausführungen in der Vorlage so zu verstehen seien, dass die verschiedenen Fragenstellungen in intensiven Gesprächen mit den gemeinderätlichen Gremien erörtert werden sollen. Weiter stellt er klar, dass das Defizit dadurch begründet sei, dass ein Zuschuss des Landes noch nicht eingegangen sei und die musikalischen Projekte aus dem Jahr 2013 noch nicht abgerechnet seien.

Sodann ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 188/14 auf.

TOP 5

a) Scala Live Kultur - Zwischenbericht 2013 und Zuschussfreigabe 2014

Vorl.Nr. 170/14

b) Auszahlung eines Sonderzuschusses in Höhe von 27.521,18 EUR für 2013

Beschluss:

1. Der im Haushaltsplan 2014 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von insgesamt 209.650,- EUR wird zur Auszahlung freigegeben.
2. Der Zwischenbericht zum Sonderzuschuss 2013 der Scala Kultur gGmbH – Abteilung Live Kultur - wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
3. Die Auszahlung eines Sonderzuschusses wird in Höhe von 27.521,18 EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)
Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Ja 33 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

OBM Spec lässt unter Verweis auf die Vorberatung über die Vorl. Nr. 170/14 abstimmen.

TOP 6	Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen. Nachkalkulation und Veränderung des Gebührenverzeichnisses	Vorl.Nr. 187/14
--------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

TOP 6.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen Nachkalkulation und Veränderung des Gebührenverzeichnisses - abweichender Empfehlungsbeschluss zu Vorl.Nr. 187/14	Vorl.Nr. 207/14
----------------	--	------------------------

Beschluss:

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und § 4 Landesgebührengesetz (LGebG) wird die Änderung des Gebührenverzeichnisses der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen zum 01.07.2014 beschlossen.

Den vorgeschlagenen Gebührenfestsetzungen, siehe Anlage 2 zur Vorl.Nr. 187/14, wird mit folgender Änderung unter Lfd. Nr. 17.4.19 des Gebührenverzeichnisses 2014 zugestimmt: Für die Amtshandlung der Ausstellung eines Waffenscheines (§ 10 Abs. 4 WaffG) wird eine Gebühr in Höhe von 200,00 € erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 24 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)
Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Ja 24 Nein 8 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** erinnert an die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und verweist auf den abweichenden Empfehlungsbeschluss, der dem Gemeinderat mit der Vorl. Nr. 207/14 vorliege.

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stadträtin **Burkhardt** gibt an, dass sie sich enthalten werde, da sie sich aus Zeitgründen nicht eingehend in die Verwaltungsvorlage einarbeiten konnte.

Stadtrat **Weiss** erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschläge ablehnen werde. Die Freien Wähler seien der Meinung, dass einige Gebühren unangemessen hoch und die Ermessungs- und Auslegungsbegriffe nicht immer richtig seien. Generell sollten noch mehr Einsparungen bei den Kosten erreicht werden statt Gebühren- und Steuererhöhungen vorzunehmen.

Stadtrat **Kemmerle** lehnt die Vorlage aufgrund der Gebühren für Kirchenaustritte und Sozialbestattungen ab.

Stadtrat **Noz** bittet um getrennte Abstimmung der in der gestrigen WKV-Sitzung beschlossenen Änderung, da er der außergewöhnlichen Erhöhung der Gebühr für die Ausstellung eines Waffenscheins nicht zustimmen könne.

OBM **Spec** lässt zunächst über den Antrag von Stadtrat Noz auf separate Abstimmung abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Juranek
Stadtrat Kopp
Stadtrat Lutz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; Urlaub)
Stadtrat Seybold (entschuldigt; Urlaub)
Stadträtin Voigt (entschuldigt; Urlaub)

Sodann ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 207/14 auf.